

Beschluss (vorläufig) Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen,
Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open
- 3 Arms,
- 4 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das
- 5 durch
- 6 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 7 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser
- 8 Einsatz
- 9 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle
- 10 Solidarität.
- 11 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung
- 12 von Flucht
- 13 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer
- 14 weiter aus
- 15 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir
- 16 uns
- 17 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und
- 18 solidarisieren uns
- 19 mit Menschen auf der Flucht.
- 20 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU
- 21 und CSU
- 22 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltlinie für die Seenotrettung und
- 23 gegen eine
- 24 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 25 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich
- 26 Italien,
- 27 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten
- 28 einigten,
- 29 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.
- 30
- 31 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance,
- 32 die
- 33 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter
- 34 verschlechtert,
- 35 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot
- 36 Gerettete tage-
- 37 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September

hat sich in
23 Luft aufgelöst.

- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die
25 “Alan Kurdi”, deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile
27 Seenotrettung einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die
28 gewalttätigen Milizen
- 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des
30 Malta-Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit
32 nehmen er und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den
33 Außengrenzen und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.
- 34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta
35 gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone
36 nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales
37 Recht und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine
40 Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf
41 dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende
42 Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein
44 europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.
45 **Solange sollen die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven
46 Beitrag zur Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten
47 Unterstützung prüfen.**
- 48 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine
49 aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei

50 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen**
51 **einfahren zu können und**
52 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen
53 Europäischen
54 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs
55 darf nicht
56 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe
57 ausgetragen werden.
58 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche
59 Steine in den
60 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche
61 Küstenwache reden.
62 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich
63 gemacht werden,
64 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen
65 Rechts
66 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um
67 Rettungsaktionen
68 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass
69 Rettungen
70 verzögert werden.

61 3. **... eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen**
62 **Außengrenzen ankommen**
63 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine
64 schnelle Verteilung
65 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und
66 unwürdige
67 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss
68 die
69 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den
70 Außengrenzen Europas
71 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten
72 abgeglichen werden.
73 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und
74 gemeinschaftlich
75 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung
76 dieser wichtigen
77 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
78 Flüchtlingsaufnahme
79 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
80 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.
81 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt.
82 Externalisierung von
83 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den
84 Außengrenzen sowie
85 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab.
86 **Außerdem müssen**
87 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in**
88 **aufnahmebereiten Regionen,**
89 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür

77 sollen die Länder-
78 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1)
79 Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt
80 werden.

79 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten
80 eine Ausweitung der
81 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der
82 Landesaufnahmeprogramme. Die EU-
83 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten
84 Resettlement-
85 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle
86 Asylrecht wird
87 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung
88 gegenüber
89 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr - beispielsweise aus UN-
90 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen
91 wir die
92 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder
93 grundrechtskonform ermöglichen
94 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und
95 Bundesländer,
96 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich
97 verbessert
98 werden.

90 5. ...**der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige
91 Zurückweisungen
92 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU
93 nicht weiter
94 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den
95 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und
96 Rechtsstaatlichkeit
97 gewährleistet werden.

95 6. ... **die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,**
96 so lange ihre
97 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort
98 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu
99 Hilfsorganisationen
100 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch
101 sind sie für
102 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch
103 die EU gibt
104 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In
105 Libyen selbst
106 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt,
107 mit
108 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und
109 Sklaverei. Die
110 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten
111 für die

104

Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.